

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/98

24. Mai 1977

Kohl wird nie Kanzler werden

Die Rache von Strauß ist programmiert

Von Dr. Helmut Rothmund MdL  
Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Seite 1 / 41 Zeilen

Reduzierung strategischer Rüstungen unter Zeitdruck

USA und Sowjetunion sind auf Einigung in absehbarer  
Zeit bedacht

Von Alfons Pawelczyk MdB  
Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und  
Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages

Seite 2 und 3 / 46 Zeilen

Ungeheuerlicher Vorwurf

Die Arbeitslosen sind keine Drückeberger

Von Egon Lutz MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes"  
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 / 35 Zeilen

Ruf nach neuen Gesetzen wurde nicht laut

SPD-Fraktion informierte sich über Fragen der inneren  
Sicherheit

Seite 5 / 26 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt  
Neussallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 130 408  
Pressebüro I, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 86 34/35  
Telefax: 08 66 646-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 3766 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Kohl wird nie Kanzler werden

Die Rache von Strauß ist programmiert

Von Dr. Helmut Rothemund MdL

Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Daß Strauß auf seine vierte Partei zurückkommen würde, stand bereits am Tage der Wiedervereinigung mit der CDU-Bundestagsfraktion fest. Nur politische Naivlinge konnten annehmen, daß Kreuth mit dem seinerzeitigen Einigungspapier tatsächlich überwunden wurde.

Gemessen an seinen Zielen und Absichten hatte Strauß damals eine schwere Niederlage hinnehmen müssen. Sein Ausbruchversuch aus der "Pygmäen-Ideologie" war gescheitert, weil eine Spaltung der CSU in Bayern so gut wie sicher war. Strauß hätte auch das hingenommen; dabei verweigerte ihm aber die CSU die Gefolgschaft, weil sie um ihre zahlreichen Pfründe besorgt war.

Strauß hatte nach dem Bericht des "Spiegel" vom 29. November 1976 einen Rückzug von der Kreuther Position wie folgt gekennzeichnet: "Ein Zurück gibt es nicht mehr. Das ist der Gang nach Canossa. Das ist die Unterwerfung. Dafür müßt Ihr euch eine Memme, einen Feigling suchen, einen Kompromissler suchen, mich nicht, mit mir gibt es sowas nicht."

Der CSU-Vorsitzende mußte dann doch den Gang nach Canossa antreten. Als Preis für die Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft erhielt er einige Zugeständnisse. Das er davon eines Tages Gebrauch machen würde, hat offensichtlich nur Helmut Kohl nicht begriffen.

Die Brechstange für Strauß ist die ihm zugesicherte Strategie-Kommission. Ihre Aufgabe sollte es sein, "eventuell vorhandene Reibungsflächen zwischen FDP und SPD abzutasten und auszunutzen, aber auch eine Wählerstrategie für 1980 zu entwickeln, "die es ermöglicht, Wähler in Bayern, die keinesfalls CSU wählen wollen und umgekehrt Wähler außerhalb Bayerns, die keinesfalls CDU wählen wollen, zu gewinnen."

Beachtenswert ist übrigens, wie Strauß immer wieder auf die seinerzeitige Rede vor der Jungen Union in München zurückkommt. Biedenkopf, von dem er damals gesagt hatte, es sei genauso, "wenn man einen Chefministernten vom Dom in München zum Erzbischof machen würde", hat inzwischen den Posten des Generalsekretärs geräumt. Von Kohl behauptete Strauß im November 1976, er werde mit 90 Jahren die Memoiren schreiben: "Ich war 40 Jahre Kanzlerkandidat." Nach der Sitzung des CSU-Landesvorstandes am vergangenen Montag meinte Strauß zu Journalisten, die Union wolle den Kanzler und nicht nur immer den Kanzlerkandidaten stellen.

Die neue Diskussion über die vierte Partei hatte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Friedrich Zimmermann, begonnen. Es darf als sicher gelten, daß dies mit Strauß abgestimmt war. Die CDU scheint zwar zu glauben, daß gegenwärtige Gepienkel sei nicht "der große Hammer", viele Schläge mit einem kleinen Hammer auf den Kopf von Helmut Kohl dürften aber auch ihre Wirkung tun, um eine andere Ankündigung von Strauß Wirklichkeit werden zu lassen: Kohl wird nie Kanzler werden. (-/24.5.1977/ks/ja)

Reduzierung strategischer Rüstungen unter Zeitdruck

USA und Sowjetunion sind auf Einigung in absehbarer Zeit bedacht

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle  
des Deutschen Bundestages

Die technologische Entwicklung setzt die Bemühungen um eine Reduzierung der strategischen Rüstungen unter Zeitdruck. Bei neuen Waffensystemen wie z.B. den amerikanischen "cruise missiles" oder den sowjetischen SS-16/SS-20 Raketen geht der Trend zur vielseitigen Verwendbarkeit. Wird die Entwicklung nicht gebremst, so ist innerhalb des nächsten Jahrzehnts zu erwarten, daß taktische und strategische Waffensysteme nicht mehr zu unterscheiden sind. Aufgrund der vielseitigen Verwendbarkeit solcher neuer Waffensysteme besteht außerdem die Gefahr, daß sie in den Besitz weiterer Staaten gelangen. Die Problematik der Begrenzung strategischer Rüstungen wäre somit nicht nur auf den taktischen Bereich ausgeweitet, sondern auch multilateralisiert. Die Chancen für effektive Rüstungskontrollvereinbarungen würden sich entscheidend verschlechtern. Diese Gefahr wird von beiden Seiten gesehen. Die neue Rahmenvereinbarung drückt aus, daß USA und Sowjetunion auf eine Einigung in absehbarer Zeit bedacht sind.

Die beiden Außenminister haben sich in Genf auf einen dreiteiligen Rahmen für ein neues SALT-Abkommen geeinigt:

1/ Einen bis 1985 laufenden Vertrag, der auf der Basis von Wladiwostok (Begrenzung der Angriffswaffensysteme auf 2.400, von denen 1.320 mit Mehrfachsprengköpfen versehen werden dürfen) das am 3. Oktober auslaufende SALT-I-Abkommen ablösen soll.

2/ Ein die nächsten drei Jahre abdeckendes Protokoll über neue strategische Waffensysteme, mit dem erreicht werden soll, daß die qualitative und

quantitative Entwicklung im Interesse weiterer Verhandlungen abgebremsat wird.

3/ Eine Grundsetzerklärung über SALT-II-Verhandlungen, bei denen erstmals eine Reduzierung der strategischen Waffensysteme verhandelt werden soll.

Diese Übereinkunft zeigt, daß beide Seiten sich ernsthaft um Vereinbarungen über die qualitative und quantitative Begrenzung ihrer strategischen Waffenarsenale bemühen. Trotz dieser Rahmenvereinbarung wäre es jedoch vorsilig, wenn man sich schon von ihr verspräche, daß die qualitative Weiter- und Neuentwicklung strategischer Waffensysteme nunmehr wirksam gehemmt wäre. Sie bietet aber die Chance, daß im Prozeß der kooperativen Rüstungssteuerung ein Fortschritt erzielt wird.

In den 60er Jahren haben die Vereinigten Staaten die Parität im Bereich der strategischen Waffen zugelassen. SALT I ist der Ausdruck dieser Politik. Auf dieser Basis wurde die Vereinbarung gemeinsamer Höchststärken von Wladiwostok möglich. Jetzt rückt der dritte Schritt in erreichbare Nähe, nämlich die gemeinsame Höchststärken-Herabsetzung und damit eine tatsächliche Verringerung der strategischen Waffensysteme. Die Verhandlungen hierüber stehen noch am Anfang. Während die USA bereits konkrete Vorstellungen äußern, scheint in der Sowjetunion zur Zeit eine Diskussion darüber geführt zu werden, ob sie sich in Anbetracht ihrer geostrategischen Lage und der von ihr mittel- und langfristig erwarteten Spannungsfelder ein Unterschreiten der Höchstgrenze von 2.400 strategischen Waffensystemen leisten kann.

(-/24.5.1977/ks/lo)

+ + +

## Ungeheuerlicher Vorwurf

### Die Arbeitslosen sind keine Drückeberger

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes"  
der SPD-Bundestagsfraktion

Bei einer Million Arbeitslosen - vermutlich liegen wir im Moment knapp darunter - schießen Pläne, Anregungen, Ideen ins Kraut. Dies ist mehr als wünschenswert, denn das Problem der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist allzulange und allzuglatt sozusagen als Nebenprodukt eines konjunkturellen Tiefs abgetan worden. Bei einem so hohen Sockel von Arbeitslosigkeit wächst aber auch die Versuchung, die Arbeitslosen als "Drückeberger oder Faulpelze" abzutun. Kürzlich versuchte sich die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) auf diesem Gebiet. Sie meinte, jeder dritte Arbeitslose habe gar keine Lust, eine Stelle anzunehmen und jeder zweite Stellungssuchende müsse als ungeeignet abgelehnt werden.

Das ist nicht nur ein ungeheuerlicher Vorwurf, das klingt auch wie blanker Hohn in den Ohren der Betroffenen. Lassen wir Zahlen sprechen: 1976 wurden über drei Millionen Arbeitnehmer arbeitslos, im gleichen Zeitraum mußten 60 000 Arbeitslose vom Arbeitsamt mit einer Sperrzeit belegt werden, weil sie es abgelehnt hatten, eine zumutbare Beschäftigung anzunehmen. Selbst wenn wir unterstellen, daß wegen personeller Engpässe in der Arbeitsvermittlung, auch wegen der Bequemlichkeit der Personalchefs, nicht alle Arbeitsunwilligen erfaßt worden wären, käme man nach den Schätzungen der Arbeitsämter höchstens auf 150 000 "Faulpelze". Die Zahl der Steuerhinterzieher lag ganz zweifellos im vergangenen Jahr wesentlich höher.

Doch darum geht es nicht. Der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer ging es wohl noch sehr viel stärker um die zweite Feststellung, um die Frage nämlich, ob in der Tat nur jeder Zweite vom Arbeitsamt avisierte Stellungssuchende geeignet war. Die Frage ist global gar nicht zu beantworten. Wenn die Firmen angesichts der aktuellen Arbeitsmarktsituation ihre Anforderungen an den Bewerber hochschrauben, kann das eintreten. Sie müssen dann nämlich nur noch den 25jährigen kaufmännischen Angestellten mit 40jähriger Berufserfahrung suchen. Wieder auf den Schätzungen der Arbeitsämter vor Ort basierend, kann man folgendes feststellen: bei nicht überzogenen Eignungsanforderungen wären etwa zwei Drittel der registrierten Arbeitslosen sofort verfügbar, und das restliche Drittel verbirgt sich in der sogenannten "stillen Reserve" der nicht Registrierten.

Also: die Arbeitslosen bedürfen des Hohns nicht, sondern unserer Hilfe. Problemfälle sollen nicht geleugnet werden, aber sie sind kein Alibi für die Hochnäsigkeit der Vollbeschäftigung. (-/24.5.1977/kr/je)

+ + +

Ruf nach neuen Gesetzen wurde nicht laut

**SPD-Fraktion informierte sich über Fragen der inneren Sicherheit**

In einer mehr als achtstündigen, eingehenden Aussprache hat sich die SPD-Bundestagsfraktion am Montag mit Fragen der inneren Sicherheit und der Terroristenbekämpfung befaßt. Eine gewinnbringende und für alle Seiten informative Aussprache, an der sich auch der Präsident des Bundeskriminalamtes, Horst Harold, Bundesanwalt Felix Kaul, Münchens Polizeipräsident Manfred Schreiber, der Hamburger Innensenator Werner Staak sowie Vertreter des Verfassungsschutzamtes und der Schutzpolizei beteiligt hatten.

Die Fraktion hat eine Fülle von Informationen bekommen, die jetzt aufgearbeitet, ausgewertet und in praktische Alternativen umgesetzt werden müssen. Wichtigstes Ergebnis dieser Sondersitzung: Der Ruf nach neuen Gesetzen wurde nicht laut. Deutlich wurde aber, daß die Wirksamkeit des polizeilichen Apparates im weitesten Sinne ausgebaut und verbessert werden muß. Hierbei handelt es sich zum großen Teil um eher technisch-organisatorische, um logistische Maßnahmen, um Dinge, die nicht in den unmittelbaren Gesetzesbereich fallen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich in den nächsten Wochen weiter mit der Problemdarstellung im Bereich der inneren Sicherheit befassen und in konkrete Vorschläge für die parlamentarische Arbeit in den Bundestags-Ausschüssen umsetzen. Erste Ergebnisse dürften noch bis zur Sommerpause vorliegen.

Es war nicht unbeabsichtigt, die Fraktions-Aussprache über die innere Sicherheit am Verfassungstag zu führen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat erneut unter Beweis gestellt, daß sie diese für unseren Staat so immens wichtigen Fragen mit der gebotenen Gründlichkeit erörtert und bereit ist, Lösungen zu erarbeiten, die dem Gemeinwohl und der noch besseren Abwehr von Terroristen dienlich sind.

(js/24.5.1977/ks/ca)